

## **Die Doppelnatur der deutschen Einheit:**

### *Sonderfall der Systemtransformation und Kontinuitätsbruch bundesdeutscher Politik*

#### **1. Vorbemerkung**

In der öffentlichen Wahrnehmung wie in der sozialwissenschaftlichen Forschung wird die Transformation der DDR nicht als „Eigenprojekt“ der ostdeutschen Zivilgesellschaft angesehen, sondern als unvermeidliches Nebenprodukt der Vereinigung. Es sind vor allem Teile der westdeutschen Politikelite, insbesondere der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und die Mitglieder seines Kabinetts, die sich – nicht völlig zu unrecht – die 1990 wiedergewonnene Einheit als Verdienst zurechnen, aber die Transformationsprozesse als subjektlose Veranstaltung gelten lassen. In gleicher Weise wie die westdeutsche Elite nahmen die ehemaligen DDR-Bürger den Systemwechsel samt der individuell erfahrenen Gewinne und Lasten zur Kenntnis: als „Folgen der Einheit“<sup>1</sup>. Auch die florierende Transformationsforschung verzichtete bald darauf, das „vereinigte“ Ostdeutschland weiterhin zur Gruppe der Transitionsländer zu zählen, die auch ohne die DDR auf 28 Mitglieder kommt. Nachdem selbst das Statistische Bundesamt die volkswirtschaftlichen Daten des Beitrittsgebiets nicht mehr gesondert ausweist, scheint dieser Transformationsfall seinen Wert für die vergleichende Forschung verloren zu haben.

Der auf den Einheitsprozeß verkürzten Perspektive geraten die einzelnen Dimensionen und Wirkungen des Systemwechsels aus dem Blickfeld. Wo sie dennoch Erwähnung finden, geschieht das nicht selten in Verbindung mit Schuldzuweisungen an mutmaßliche Verantwortungsträger. So entstand eine eigentümliche Verkehrung im „Selbstbewußtsein“ der deutschen Transformation. Die Vereinigung der deutschen Teilstaaten wird, wiewohl es sich um einen durch und durch entscheidungsgestützten Vorgang handelte, als sachgesetzlicher Rahmen des sozialen Wandels interpretiert. Demgegenüber erscheint der Strukturbruch des Institutionengefüges, den die Abkehr vom Sozialismus erzwang, als individuell zu vertretender Sachverhalt. Unter diesen Bedingungen wurde das Großereignis der deutschen Einheit zu einem Gegenstand der Mythenbildung und Mißdeutung.

Der vorliegende Versuch einer Aufhellung übersehener Sachverhalte der Einheit startet in der Perspektive auf die Systemtransformation. Dabei geht es um solche Aspekte des ostdeutschen Transformationsfalles, die beim Blick auf den Einheitsprozeß zu kurz kommen. Daran schließt sich eine Charakterisierung der politischen Leistung an, der sich die deutsche Einheit verdankt. Im letzten Teil wird ein Blick auf die nichtintendierten Folgen der externen Verantwortungsträgerschaft geworfen.

#### **2. Die DDR als Sonderfall des Systemwechsels**

---

<sup>1</sup> Auch kritische Beobachter bevorzugen diesen Ausdruck, vgl. Korte (1990) und von Dohnanyi (1991).

Vor dem Hintergrund der Transformationen, die ehemals sozialistische Länder seit 1989 durchlaufen, bildet die DDR einen Ausnahmefall. Sie hat mit dem Beitritt zur Bundesrepublik einen extrem raschen und gründlichen Abschied vom Sozialismus gewählt und sich damit vieler Probleme entledigt, welche die einstigen „Bruderländer“ bei der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft zu bewältigen haben. Der umfassende „Institutionentransfer“ (Lehmbruch 1993), der im wesentlichen im Kopieren eines erprobten Normensystems bestand, sorgte für ein hohes Maß an Ziel- und Verfahrenssicherheit. Zum Vorteil des Institutionentransfers gesellte sich die entlastende Wirkung umfangreicher Finanzhilfen. Ihr Volumen rechtfertigt es, den Fall „DDR“ nur mit Vorbehalt zum Vergleich mit anderen Transformationsländern heranzuziehen. Immerhin überschreitet die Summe der jährlichen Nettotransfers zugunsten ostdeutscher Bürger, Unternehmen und Gebietskörperschaften den Gesamtbetrag der Kredite und Kapitalimporte, welche zwischen 1990 und 1998 in alle ehemaligen RGW-Länder flossen. Schließlich vermochte kein anderes Land beim Umbau seines Institutionensystems in ähnlichem Umfang von Personalimporten zu profitieren wie die neuen Bundesländer. So war weder die Praxis der Normenanwendung über längere Zeit von Regelverstößen und Lernprozessen belastet noch litt die politische Entscheidungsproduktion unter größeren Kompetenzdefiziten oder gar der Fortgeltung „sozialistischer“ Werte.

Der voluminöse, wenngleich nicht uneigennützig West-Ost-Transfer von Normen, Finanzen und Personal verschaffte den neuen Ländern eine (zumindest strukturell) privilegierte Position unter den Transformationsländern. Dennoch gilt die DDR-Transformation keineswegs als „Idealfall“. Den problemorientierten Hilfen entsprechen nicht nur überlegene Resultate. Ebenso wenig fällt die Zufriedenheit der Bevölkerung wesentlich größer aus als in weniger begünstigten Ländern. Um die Sondersituation der neuen Länder zu charakterisieren, ist vielmehr nach weiteren Besonderheiten zu fragen, in denen sich die DDR von anderen Transformationsländern abhebt.

### *2.1 Die Schwäche der Reformeliten*

Zwei endogene soziale Kräfte stimulierten bzw. begleiteten den ostdeutschen Transformationsprozeß: zum einen die verschiedenen Gruppen der ostdeutschen Bürgerbewegung (Wielgohs et al. 1992), zum anderen reformpolitisch engagierte Intellektuelle in der Sozialistischen Einheitspartei (Land/Possekel 1992). Der Bürgerbewegung, die als Katalysator der Regimekrise wirkte, den Legitimationsverfall beschleunigte und für die Öffnung der politischen Gelegenheitsstruktur sorgte, begegneten die Reformkräfte der SED sowohl als Partner wie auch als Konkurrenten und Gegner. Beider Schicksal ist hinreichend bekannt: Die als dezidierte Regimeopposition aufgetretene Bürgerbewegung stimulierte eine Massenbewegung, die sich gegen den Fortbestand der DDR und für die Vereinigung mit Westdeutschland aussprach. Sie zerfiel bereits im Vorfeld der ersten freien Wahlen vom 18. März 1990 in konkurrierende Kleinparteien, nachdem sich zahlreiche Mitglieder der SPD oder CDU angeschlossen hatten. Dagegen konnte sich die aus der SED-Nachfolgepartei hervorgegangene PDS konsolidieren und zu einer regierungsfähigen politischen Kraft entwickeln. Ihr Erfolg verdankt sich der Fähigkeit, sowohl demokratiefreudige Reformen als auch orthodoxe Anhänger des gestürzten Regimes anzuziehen.

Das ungleiche Schicksal der einstigen Gegner markiert eine Besonderheit Ostdeutschlands: *die mangelnde Prägnanz und Kompetenz indigener Reformkräfte*. Die Ursachen verweisen auf den extrem repressiven Charakter des SED-Regimes. Im Wissen um die Risiken offener Gegnerschaft hatte es die Regimeopposition sorgfältig vermieden, den Abschied vom Sozialismus zu propagieren. Vielmehr beriefen sich das Neue Forum und andere Gruppen ausdrücklich auf sozialistische Prinzipien und in der DDR-Verfassung vorgesehene Bürgerrechte. Nahezu im Einklang mit der SED-Diktion von der „Vervollkommnung des Sozialismus“ – und weitgehend konform mit Vorstellungen der SED-Reformer – wurde die Demokratisierung des politischen Systems eingefordert. Eine dezidiert anti-sozialistische Opposition hätte dem Regime nur einen willkommenen Vorwand für harte Repressionen geliefert (vgl. Pollack 1994; Brie 1996).

Der vergleichsweise späte Auftritt von Reformkräften außerhalb und innerhalb der SED korrespondiert dem auffälligen Nachhinken der reformpolitischen Diskussionen. In der kurzen Phase zwischen dem Regimekollaps und dem Beginn des Einheitsprozesses offenbarten beide Reformgruppen ein in großen Teilen unzeitgemäßes, weil überwiegend aus normativen Bildungsgütern bestehendes Orientierungsfundament. Während von jüngeren SED-Reformern und anarchistisch inspirierten Bürgerrechtlern politische Themen des 19. Jahrhunderts wiederentdeckt wurden, blieben wesentliche Prinzipien zeitgenössischer Institutionen, v.a. solche des politischen und ökonomischen Liberalismus, ohne erklärte Befürworter. Die Abwesenheit einer diskursiv trainierten, modernisierungstheoretisch informierten und pragmatischer Politik zugewandten Systemopposition wirkte sich auf Fortgang und Wahrnehmung der DDR-Transformation aus. Hier, in der programmatischen und strategischen Schwäche der Reformkräfte, liegt die erste Ursache der Offenheit für und dezidierten Nachfrage nach externen Akteuren, Leitideen und Ressourcen. Noch eine weitere Konsequenz gilt es zu registrieren. Wir finden im exklusiven Herrschaftssystem der SED und der kulturellen Isolation der DDR-Eliten nicht nur die Ursachen des exogenen Transformationsmodus, sondern auch eine Erklärung, warum die Idee des Sozialismus ausgerechnet dort so wenig diskreditiert zu sein scheint, wo sie in besonders orthodoxer Weise kultiviert wurde und jede öffentliche Reflexion auf ihre Schwächen unterbunden blieb.

## 2.2 Die umfangreiche Startprogrammierung

Verglichen mit anderen Transformationsfällen zeichnet sich die DDR-Transformation durch eine detaillierte *Ex-ante*-Programmierung aus. Sie hatte ein hohes Wandlungstempo zur Folge und ließ nur wenig Raum für spätere Korrekturen. Bereits im April 1990 proklamierte die neu gewählte DDR-Regierung die „zügige“ Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Artikels 23 GG mit dem Nebenziel „Wohlstand und soziale Gerechtigkeit“. Keine zwei Wochen nach der Bildung der ersten demokratischen DDR-Regierung, wurde mit der Bundesregierung die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 vereinbart. Schon am 6. Juli 1990 begannen die Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Sieben Wochen darauf (am 23.8.1990) beschloss die Volkskammer den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Die am 1. Juli und 3. Oktober 1990 wirksam gewordenen Verträge spezifizierten alle wesentlichen institutionellen Innovationen im Beitrittsgebiet. Sie konstituierten eine neue

öffentliche und private Rechtsordnung und bestimmten die Anspruchsgrundlagen von Bankkunden, Arbeitnehmern, Staatsbediensteten, Rentnern, Grundeigentümern und anderen Gruppen. Gleichzeitig waren die Kompetenzen und Finanzausstattung der Gebietskörperschaften geregelt und eine Vielzahl weiterer Zielgrößen der Transformation verschiedenster gesellschaftlicher Bereiche festgelegt.

So wurde einzig und allein im Falle der DDR auf die Möglichkeit verzichtet, den Prozeß der Rechtsangleichung, die Geschwindigkeit und den Umfang der außenwirtschaftlichen Integration sowie die Herstellung wachstumsförderlicher Währungsrelationen einer mitlaufenden Feinkorrektur zu unterziehen. Aber auch nur im Falle der DDR erschienen die Voraussetzungen und die Notwendigkeit eines solchen Verzichts als gegeben, nämlich einerseits die Konzentration der transformationsrelevanten Entscheidungen in zwischenstaatlichen Verträgen („Transformation per Kontrakt“) und andererseits ein sich rasch verdichtendes Netz formeller und informeller grenzüberschreitender Transaktionen nach Wegfall der Wirtschaftsgrenze zur Bundesrepublik und den Weltmärkten. Die Fülle der nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 aufblühenden und nach dem 1. Juli 1990 geradezu explodierenden autonomen Aktivitäten ost- und westdeutscher Wirtschaftssubjekte ist geeignet, die Bedeutung der staatlichen Weichenstellungen zur Einheit zu relativieren. Denn die Erweiterung des Handlungs- und Orientierungshorizontes auf das jeweils „andere“ Deutschland war schon vor Abschluss der Staatsverträge zur Selbstverständlichkeit geworden.<sup>2</sup> Diese unverhofften Realitäten setzten die Verhandler unter Erfolgsdruck.<sup>3</sup>

### *2.3 Die Gratifikationsfalle*

In Ländern, die nicht von einer ähnlich umfangreichen externen Unterstützung profitieren konnten wie Ostdeutschland, geschah der Einstieg in den Transformationsprozeß in Kenntnis eines gewissen Erfolgsrisikos und der Unvermeidlichkeit sozialer Kosten. Aufgrund theoretischer Annahmen wurden erhebliche Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Demokratie und Marktwirtschaft erwartet, wenn breite Bevölkerungsschichten Nachteile erfahren.<sup>4</sup> Folglich waren manche Reformer bestrebt, keine allzu unrealistischen Erfolgserwartungen aufkommen zu lassen und das „Tal der Tränen“ (Sachs 1991) möglichst rasch zu durchqueren.

In einer diametral anders gelagerten Situation befanden sich die Protagonisten der „Transformation durch staatliche Vereinigung“. Unter Druck gesetzt durch die Forderung nach einem Umtauschkurs der DDR-Mark von 1:1 und angespornt durch die Chance, ihre Wiederwahl mit populären Wahlgeschenken zu sichern, willigte die Bonner Regierung in Konditionen der Wirtschafts- und Währungsunion ein, welche Experten als halbsbrecherisch ansahen. Sie bewirkten nicht nur eine Aufwertung der DDR-Mark um nahezu 400 %, sondern sorgten auch für eine Anhebung des Lohnniveaus, die im Widerspruch zur niedrigen Produktivität der Volkswirtschaft und den Bedingungen wirtschaftlicher Erholung stand. Während die

---

<sup>2</sup> Die Perspektive auf radikal veränderte Realitäten kam u.a. in generösen Lohnanhebungen vor dem 1. Juli 1990 zum Ausdruck, als Belegschaften und Management starke Zweifel an der Überlebensfähigkeit der DDR-Betriebe entwickelt hatten (vgl. von Furstenberg 1995).

<sup>3</sup> Das belegen die Protokolle und autobiographischen Notizen der Protagonisten. Vgl. Schäuble (1991), Teltchik (1991) und Waigel/Schell (1994).

<sup>4</sup> Vgl. das sog. Dilemma der Gleichzeitigkeit (Offe 1991).

Bevölkerung der anderen Länder zu Beginn der Transformation mit spürbaren Nachteilen – v.a. einem Rückgang der Realeinkommen um 25 bis 50 % – belastet war, verbuchte die DDR-Bevölkerung vom Start weg erhebliche Vorteile. Diese bargen notwendig das Risiko der späteren Enttäuschung in sich. Als andere Transformationsländer nach einigen Jahren erste Fortschritte verbuchten, mussten viele Empfänger vorgezogener Gratifikationen eine relative Verschlechterung ihrer Lage bemerken. Anders als erwartet fanden die beim Start gewährten Vergünstigungen keine Fortsetzung. Vielmehr mehrten sich Betriebsschließungen und Massenentlassungen, die Einkommens- und Sinnverluste zur Folge hatten. So kam es, dass ausgerechnet der im Vergleich mit anderen Ländern relativ komfortable Transformationspfad Ostdeutschlands starke Gefühle der Unzufriedenheit provozierte.

#### *2.4 Der sozialdemokratische Grundzug*

Weil die deutschen Kommunisten die Einführung des sowjetischen Sozialismusmodells nicht als ein Projekt der Nationenwerdung verklären konnten, wie es in anderen Ländern der Fall war, waren sie zur Sicherung ihrer Herrschaft umso mehr auf eine Art von „Erziehungsdiktatur“ angewiesen. Sie bemühten sich um die Etablierung eines mit dem gesellschaftspolitischen Sinn des Sozialismus aufgeladenen Nationalbewusstseins. Das reichte angesichts des Wirtschaftswunders im benachbarten Westen jedoch nicht zur Herrschaftslegitimation aus. Zwar hatten sich die historischen Konfliktdeutungen und utopischen Bilder der kommunistischen Arbeiterbewegung im Laufe der Zeit zu einem relativ geschlossenen Weltbild verfestigt, doch bedurfte es zusätzlich handfester Anspruchs- und Verteilungsnormen, um der sozialistischen Ordnung Legitimität zu verschaffen. Immerhin hatte die SED-Führung den Bürgern ein Leben ohne Sorge und Not versprochen. Nicht zuletzt, um eine Wiederholung des politischen Unmuts zu verhindern, der in den Tagen um den 17. Juni 1953 ausgebrochen war, unternahm sie daher alles in ihrer Macht Stehende, um die Bürger materiell zu befrieden. Die „soziale Bestechung“ (Brie 1996) mündete in einen mit arbeitsethischer Symbolik nur oberflächlich kaschierten Wohlfahrtsstaat, der – gemäß dem Prinzip der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ – ein schließlich nicht mehr finanzierbares Anspruchsniveau pflegte. Besonderen Stellenwert im sozialistischen Wertesystem hatte der Egalitarismus, wie er u.a. in der weitgehenden Entkoppelung von Leistung und Einkommen zum Ausdruck kam.

Sozialistische Wertorientierungen, die neben dem Egalitarismus auch das Vertrauen in einen allzuständigen Staat („Etatismus“) beinhalten, blieben im Transformationsprozeß virulent. Sie korrespondierten nicht nur der Dominanz *politischer* Kalküle über ökonomische Gesichtspunkte in den Konditionen der Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch einem Grundzug des westdeutschen Sozialstaats. Obzwar manche in der Transformationsgesellschaft zirkulierenden Hoffnungen und Ansprüche unrealistisch waren, fanden sie sowohl bei den um ihre Wahlchancen besorgten Parteien als auch bei Gewerkschaften, Berufsverbänden und anderen korporativen Akteuren wohlwollende Aufnahme. Auch kaschierte dieses Korrespondenzverhältnis das konzeptuelle Defizit der ostdeutschen Reformer. So wird verständlich, warum die Ausbreitung von Marktverhältnissen im Falle der ostdeutschen Transformation häufig mit Kritik bedacht wurde. Waren noch am Ende der 80er Jahre Strukturreformen zur Flankierung des bevorstehenden EU-Binnenmarktes akut,

so hatte die deutsche Einheit eine drastische Aufwertung der Staatsfunktionen und die Ausweitung der öffentlichen Haushalte gebracht (Exler 1992). Die Staatsschulden stiegen von 900 Mrd. DM in 1989 auf 2.300 Mrd. DM Ende 1999. Der implizite Sozialdemokratismus des Einheitsprojektes konnte jedoch nicht von Dauer sein, sondern erzwang umso notwendiger die Wiederaufnahme der Reformagenda. Dass deren Abarbeitung ausgerechnet einer sozialdemokratischen Bundesregierung zufällt, zählt zu den Paradoxien der ostdeutschen Transformation.

### *2.5 Die Ambivalenz der Wirtschaftstransformation*

Der Wirtschaftsunion folgte eine Phase des Niedergangs der ostdeutschen Wirtschaft. Ihre Folgen für die einzelnen Bürger waren zwar durch Lohnersatzleistungen und Arbeitsförderungsprogramme gemildert. Doch Stellenabbau und Betriebsschließungen, die trotz des einfließenden Investitionskapitals in großem Umfang notwendig wurden, trübten das Bild einer rundum gelungenen Transformation. Selbst die Finanztransfers von netto 1,4 Billionen DM seit 1991, die sich nicht nur in der beeindruckenden Modernisierung der Infrastruktur, sondern auch in der Anhebung der Haushaltseinkommen auf ca. 85 % des westdeutschen Niveaus niederschlugen, bewirkten kein ausreichend voluminöses und zugleich anhaltendes Wirtschaftswachstum. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 16,6 % im September 2000 (gegenüber 7,2 % in Westdeutschland) und einer dem Westen nachhinkenden Wachstumsrate ist das Ende des Angleichungsprozesses noch nicht in Sicht. Diese unbefriedigende Bilanz bietet stetigen Anlass für Grundsatz- und Detailkritik an der Wirtschaftstransformation.

In einer ersten Welle der „Einheitskritik“ erschien die Wirtschafts- und Währungsunion als Verursacher besonders gravierender Nachteile. Die Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt, das marktwirtschaftliche Credo des auch für den Osten reklamierten Ordo-Liberalismus und das komplexe Netz von Rechts- und Besteuerungsnormen erweckten den Eindruck, die ostdeutsche Wirtschaft sei mit mehr Entwicklungshemmnissen als andere Volkswirtschaften belastet (vgl. Thomas 1997). Vergleicht man die Wirtschaftsentwicklung der neuen Länder mit der Entwicklung in anderen Reformländern, so findet man allerdings bis etwa 1995 weitgehend übereinstimmende relative Veränderungen (vgl. Wiesen- thal 1997). Die Industrieproduktion Ostdeutschlands schrumpfte nicht nur im selben Verhältnis wie in Polen, Ungarn und Tschechien, sondern auch der Wiederanstieg erfolgt im Einklang mit Ländern, die weder eine Wirtschafts- und Währungsunion erfuhren noch umfangreiche Finanzhilfen verbuchen konnten. Die gute Nachricht lautet also, dass weder die „Therapie auf dem elektrischen Stuhl“ (Bryson 1992: 138) noch das hohe Tempo der Privatisierung einen besonderen Nachteil brachten. Die schlechte Nachricht lautet: Die privilegierten Sonderbedingungen der DDR-Wirtschaftstransformation, also umfangreiche Investitionshilfen und Infrastrukturprogramme, ABM und Sozialtransfers, scheinen kein wesentlich besseres Ergebnis als in den Vergleichsländern bewirkt zu haben.

Tatsächlich besteht Grund, dem Maßnahmenbündel der Wirtschafts- und Währungsunion einen spezifischen Therapiecharakter abzusprechen. Vergleicht man es mit der ominösen Schocktherapie, wie sie beispielsweise in Polen zu praktizieren versucht wurde (vgl. Sachs 1989), so zeigen sich interessante Parallelen und Unterschiede. Übereinstimmung besteht

hinsichtlich der allgemeinen Rahmenbedingungen, bei der Aufhebung von Preiskontrollen, der Abschaffung von Handelsbeschränkungen sowie der Beendigung staatlicher Subventionszahlungen. Deutliche Unterschiede zwischen den Wirtschaftsreformen in Ostdeutschland und in anderen Ländern sind erkennbar, wenn man die Aufgaben der makroökonomischen Stabilisierung betrachtet. Sie umfassen die Abwertung der Währung und die schrittweise Herstellung ihrer Konvertibilität, eine antiinflationäre Einkommenspolitik, die mit Reallohnsenkung und einer Begrenzung von Lohnerhöhungen auf das Ausmaß des Produktivitätsfortschritts einher geht, sowie die Sanierung der Staatsfinanzen durch eine restriktive Ausgabenpolitik und den Abbau der Staatsschulden. In der ostdeutschen Wirtschaftsreform wurde nur der Liberalisierungspart des Maßnahmenpakets realisiert. Rascher und konsequenter als in den übrigen Reformländern erfolgte eine Marktöffnung, welche den Konsumenten Zugang zum Warenangebot des Weltmarktes verschaffte. Mangels eigener Ressourcen und ausreichender Anpassungsfristen vermochten sich aber nur wenige Betriebe vom Öffnungsschock zu erholen und dem internationalen Wettbewerb anzupassen.

Die übrigen Maßnahmen der Schock*therapie* kamen in Ostdeutschland nicht zum Einsatz. Weil die Volkswirtschaft der einstigen DDR unter das Dach der weitaus größeren westdeutschen Wirtschaft geschlüpft war, schienen besondere Maßnahmen der makroökonomischen Stabilisierung entbehrlich. Das bedeutete eine spürbare Erleichterung für die Bevölkerung, aber erwies sich sehr bald als schwere Hypothek (Giersch/Sinn 2000). Die deutsch-deutsche Währungspolitik war ausschließlich Kalkülen des politischen Opportunismus gefolgt. Aus demselben Grund sah man von Bemühungen um eine Dämpfung der Einkommensentwicklung ab. Während in anderen Transformationsländern Einkommensverluste hinzunehmen waren und besondere Vorkehrungen getroffen wurden, um die Arbeitnehmer zur Duldung einer längeren Durststrecke bei der Lohnentwicklung zu bewegen, durften die Ostdeutschen auf eine rasche Anhebung der Einkommen auf das Niveau der führenden OECD-Länder bauen: Die am westdeutschen Arbeitsmarkt als Produktivitätspeitsche erprobte Hochlohnpolitik wurde von den Tarifpartnern auf die weitaus weniger produktive Wirtschaft Ostdeutschlands übertragen (Ettl/Wiesenthal 1994). So kam es zu einer in der Geschichte kapitalistischer Ökonomien beispiellosen und transformationsökonomisch dysfunktionalen Verteilungs-Bonanza, in der die Realeinkommen von 16 Millionen Menschen binnen weniger Jahre um mehr als 50 % stiegen, ohne dass dies dem Absatz der Binnenproduktion und der Arbeitsnachfrage nennenswert zugute kam.

Gleichwohl ist es ein Irrtum anzunehmen, dass die ostdeutsche Wirtschaft noch einen ähnlich weiten Weg vor sich habe wie die Volkswirtschaft vergleichbarer Länder. Die umfangreichen Finanzhilfen sind keineswegs wirkungslos verpufft oder ausschließlich in die Taschen westdeutscher Investoren und Lieferanten gelangt. Das zeigt bereits ein Vergleich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf der Bevölkerung zwischen Tschechien und Ostdeutschland. So erwirtschaftete die tschechische Volkswirtschaft, deren Ausgangsbedingungen ungefähr dieselben wie die der DDR waren, 1997 ein Pro-Kopf-Sozialprodukt (BIP, entsprechend der Kaufkraftparität gewichtet) von 13.300 US-Dollar. Für das selbe Jahr wird die Wirtschaftsleistung Ostdeutschland auf 56 % des BIP Westdeutschlands taxiert. Das entspricht ca. 34.000 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Damit belief sich die ostdeutsche Wirtschaftsleistung (pro Kopf) im Jahre 1997 auf 255 % des Vergleichswertes für Tschechien. Dieses Verhältnis indiziert einen erheblichen Entwick-

lungsgewinn der ostdeutschen gegenüber der tschechischen Wirtschaft. Noch größer fällt der Abstand der Einkommen aus, da im selben Jahr der private Pro-Kopf-Verbrauch bereits auf 70 % des westdeutschen Niveaus geklettert war. Die inzwischen (1999) auf 65 % des westdeutschen Pro-Kopf-Sozialprodukts taxierte Wirtschaftsleistung ist also alles andere als ein Indikator struktureller Behinderungen, sondern spiegelt die rasche Modernisierung der Infrastruktur, den unrestringiertem Technologietransfer und vergleichsweise umfangreiche Investitionen wider.

### **3. Die Einheit als Kontinuitätsbruch westdeutscher Politik**

Auf die Ereignisse des Herbstes 1989 war die westdeutsche Regierung ebenso wenig vorbereitet wie die Führung der SED. Die Botschaftsbesetzungen in Ostberlin, Prag und Warschau, der Ausreisestrom über die ungarisch-österreichische Grenze und die Massendemonstrationen in ostdeutschen Städten, ja selbst noch die Ablösung von Erich Honecker und die Ankündigung einer politischen „Wende“ durch Egon Krenz am 24. Oktober 1989 waren für die Akteure der westdeutschen Politik unvorhergesehene Ereignisse. Bis zum 9. November, dem Tag des Mauerfalls, existierte auf Seiten der Bundesregierung nichts, was den Begriff „operative Wiedervereinigungspolitik“ verdienen würde (Korte 1998: 481).

Gleichwohl wäre es unrichtig, die Aktionen der Bundesregierung und weiter Kreise der westdeutschen Eliten, die schon ein Jahr danach in die Vereinigung beider Staaten geführt hatten, unter dem Etikett „gelegenheitsbewußter Aktionismus“ abzuhandeln. Dem steht schon die Tatsache entgegen, dass nahezu alle anschließend kontrahierten Weichenstellungen auf Initiativen und dezidierte Vorschläge der Bonner Akteure zurückzuführen sind. Das belegen die konzeptuellen Aktivitäten im Januar 1990. Bereits am 15. Januar hatte das Finanzministerium ein Papier mit dem Titel „Zehn Punkte auf dem Weg zu einer deutsch-deutschen Währungsunion“ produziert. Am 19. Januar publizierte die SPD-Bundestagsabgeordnete Matthäus-Maier in der Wochenzeitung DIE ZEIT sieben Thesen zum selben Thema. Ein weiteres „Grundsatzpapier“ aus dem Finanzministerium diskutierte Ende Januar verschiedene Relationen der Währungsumstellung unter Gesichtspunkten ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Eignung (Sarrazin 1994). Als Ergebnis dieser (bonn-internen) Planspiele konnte der Bundeskanzler am 6. Februar verkünden, dass die Bundesregierung „zu Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion“ bereit sei (Sarrazin 1994: 190). Die Konditionen der schließlich vereinbarten Wirtschaftsunion waren also keineswegs Produkt situativer Verlegenheit oder spontaner Kompromissbemühungen, sondern sind vielmehr als Ergebnis alternativenbewusster Entscheidungen zu verstehen.

Wenn die Weichenstellungen bewusst gewählt waren, bedürfen sie umso dringender einer Erklärung. Es geht dabei um die Erhellung der Annahmen und Intentionen, welche die politischen Eliten dazu bewegten, einem derart riskanten Transformationskonzept wie der übergangslosen Wirtschaftsintegration den Vorzug vor allen übrigen Alternativen, z.B. der graduellen Angleichung und zunehmenden Kooperation, zu geben. Immerhin hatte man in den 50er Jahren in einem weniger gravierenden Fall, nämlich bei der Rückkehr des Saarlandes, eine mehrjährige Übergangsperiode mit einer innerdeutschen Zollgrenze für angemessen gehalten. Auf die Frage nach den Gründen, die den Ausschlag für die riskante und folgenreiche „Hauruck“-Strategie gaben, ist dreierlei zu bemerken.



(1) Zunächst ist die Wahrnehmung der günstigen außenpolitischen Verhandlungssituation zu berücksichtigen, eines „window of opportunity“, das infolge der Kompromissbereitschaft der von ökonomischen Problemen und Desintegrationstendenzen heimgesuchten Sowjetunion gegeben war. Das „präemptive“ und anspruchsbegründende Angebot einer Währungsunion vom 6. Februar 1990 zielte exakt auf dieses Gelegenheitsfenster, indem es weniger ambitionierten Konzepten einer Hilfestellung an die DDR zuvorkam. Es ist aber nicht anzunehmen, dass sich das Anspruchsniveau allein der außenpolitischen Realisierungschance verdankt. Vielmehr ist eine vorangegangene Prioritätenwahl in Sachen DDR-Wirtschaftsintegration und -transformation anzunehmen, in deren Licht der Wert des „Fensters“ erst bemerkt wurde.

(2) Zum zweiten waren gewisse Momente politischer A-Rationalität am Zustandekommen des radikalen Inkorporationskonzepts beteiligt. Dieses konnte nur vor dem Hintergrund dramatischer Entwicklungen den Anschein der Plausibilität gewinnen. Die Wirtschafts- und Währungsunion erschien als keineswegs risikolos, zumal vier Jahrzehnte Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik keine Tradition des Vabanquespiels aufweisen. Dem amtierenden Finanzminister war es bis 1989 gelungen, die staatliche Schuldenlast auf ca. 40 % des Sozialprodukts (BIP) zu verringern und die Inflation unter Kontrolle zu halten. Auf der Tagesordnung der Bundesregierung standen weitere Konsolidierungsschritte, aber kein Füllhorn sozialer „Wohltaten“. Um Optionen vom Kaliber der Wirtschaftsunion als das geringere Übel erscheinen zu lassen, bedurfte es vielmehr – absichtlich oder unbewusst – des Rückgriffs auf bestimmte Annahmen und Szenarien. Diese präsentierten sich als hochdramatisierte Befürchtungen, mythische Geschichtsdeutungen und überoptimistische Wirkungsannahmen (vgl. Wiesenthal 1996).

Von großer Wirksamkeit erwies sich der Mythos eines drohenden Chaos in Wirtschaft und Verwaltung der DDR, das nur durch die rasche Vereinigung abwendbar zu sein schien. Dazu zählte das Schreckgespenst eines exponentiell wachsenden Auswandererstroms, in dem westdeutsche Gewerkschaften die Gefahr zunehmender „Billigkonkurrenz“ erblickten. Eine weitere Fehlannahme war die Vorstellung von der problemlosen Wiederholbarkeit des Wirtschaftswunders der frühen Bundesrepublik, die zuerst von Spitzenverbänden der westdeutschen Wirtschaft geäußert wurde. Ihre Urheber hatten übersehen, dass die Wirtschaft der Bundesrepublik längst integrierter Teil der hochkompetitiven Weltwirtschaft geworden und nicht mehr – wie in der Wachstumsära der 60er Jahre – durch Importrestriktionen, Zölle und eine unterbewertete Währung geschützt war.

(3) Gelegenheitsbewusstsein, dramatisierte Prognosen und mythenbasiertes Wunschdenken trafen sich mit einer nüchternen Kalkulation der Risiken eines gradualistischen Vereinigungskurses. Dieser erschien aus einem gravierenden Grunde als besonders problematisch. Der von zahlreichen Wirtschaftsexperten, den Oppositionsparteien und einer Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung präferierten schrittweisen Integration der DDR haftete das Risiko des ungeplanten Verfassungswandels an. Denn ein von Parteienwettbewerb, Ressortkonkurrenz und der Eigenlogik des deutschen Föderalismus geprägter Entscheidungsprozeß wäre für keinen der Beteiligten berechen- und kontrollierbar gewesen. Im Falle einer schrittweisen Modifikation des institutionellen Systems der DDR wäre unweigerlich die Option eines konstitutionellen „Entgegenkommens“ der Bundesrepublik, z.B. als Abar-

beitung des eigenen verfassungspolitischen Modernisierungsbedarfs, ins Spiel gekommen. Im ungünstigsten Fall wäre der Einzug „sozialistischer“ Normen in das westdeutsche Institutionensystem möglich geworden. Für den minder schweren, aber wahrscheinlicheren Fall war das Überleben institutioneller Elemente der DDR-Gesellschaft zumindest auf deren Boden befürchtet.

Angesichts dieses Risikos entschied sich die Bundesregierung, einerseits die Rolle des alleinigen Verantwortungsträgers für den Prozeß der Vereinigung zu beanspruchen und andererseits in allen wichtigen Fragen der Wirtschaftsunion und der staatlichen Einheit dem Ziel der *institutionellen Homologie* Priorität zu geben. Gegenüber diesem Ziel gerieten die Schonung der Staatsfinanzen und das Gebot der Minimierung volkswirtschaftlicher Risiken zu nachrangigen Kriterien. Welchen faktischen Bruch mit der Vergangenheit bundesdeutscher Politik die neuen Prioritäten bedeuteten, verdeutlicht eine Notiz des späteren Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer, der noch am 30. April gegenüber dem DDR-Vertreter Günther Krause die kontrafaktische „Maxime“ bekräftigte, „die Stabilität der D-Mark darf durch die Vereinbarungen nicht gefährdet werden“ (Tietmeyer 1994: 79).

Für die Durchsetzung ihres Willens, das bundesdeutsche Institutionensystem vor Wandlungs- und Reformimpulsen zu bewahren (Lehmbruch 1992; Bryson 1992), zahlte die regierende Elite einen hohen Preis. Er setzt sich aus mehreren Teilbeträgen zusammen. Zum einen musste sie sich der verteilungspolitischen Präferenz der Ostdeutschen beugen. Um die staatliche Einheit unter der Bedingung institutioneller Homologie herzustellen, war ein konkretes Wohlstandsversprechen abzugeben und für seine Einlösung mindestens bis zum Wahltag des 2. Dezember 1990 gerade zu stehen. Dieser „deal“ zwischen ostdeutscher Bevölkerung und westdeutscher Elite schuf die formale und moralische Basis der weitgehenden Fremdsteuerung der Transformation (vgl. Brie 1994). Zweitens verschaffte man damit *volens nolens* den politischen Wettbewerbern eine günstige Zuschreibungsoption für alle negativen Resultate und Begleitumstände der Transformation, einschließlich derer, die weder die Bundesregierung noch andere Zeitgenossen, sondern allein die früheren Machthaber der DDR zu verantworten haben. Drittens bedeutete die konzentrierte Abarbeitung der Transformationsagenda *ex ante* in Form von Staatsverträgen eine erhebliche Verringerung der Möglichkeiten, auf später auftauchende Transformationsprobleme flexibel zu reagieren. Schließlich und viertens riskierte man volks- und finanzwirtschaftliche Rückwirkungen in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß, was u.a. der Anstieg der Staatsschulden auf 65 % des Sozialprodukts (BIP) belegt.

#### **4. Lehren aus einem extremen Fall der externen Unterstützung**

Eine Transformationsanalyse zumindest der mittelosteuropäischen Länder wäre unvollständig, würde man nicht die Einflüsse und Anreize berücksichtigen, die von den benachbarten westeuropäischen Staaten ausgehen. Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn, aber auch Estland und die Slowakei, erfuhren bald nach ihrem Systemwechsel die Aufmerksamkeit der Europäischen Union, die ihnen frühzeitig den Status von Kandidaten einer EU-Osterweiterung verschaffte. Damit wurde den Reform- und Modernisierungsprozessen nicht nur ein prägnantes Ziel, nämlich die Aufnahme des Landes in die EU, vorgegeben, sondern es wurden auch – in Gestalt einer Palette von administrativ-regulativen,

technischen und finanziellen Hilfen – wertvolle externe Ressourcen zugänglich. Diese ebenso zielsichere wie wirksame Unterstützung korrespondiert der Beobachtung, dass in multivariaten Analysen des Transformationsfortschritts ein bestimmter Faktor alle anderen dominiert: die Entfernung der Landeshauptstadt von Berlin oder Wien – je näher am Westen, desto besser das Transformationsergebnis.

Unter dieser Perspektive versteht es sich, dass die DDR die günstigste Ausgangslage besaß: Die Spitzenposition der neuen Bundesländer in der Skala des Transformationsfortschritts verweist auf das Volumen der empfangenen Hilfen. Diese besondere Position der DDR erlaubt es daher auch, die hier maßstabsvergrößert auftretenden Nebeneffekte einer umfangreichen Außenunterstützung genauer in den Blick zu nehmen. Der extreme Fall externer Unterstützung verdient es, sowohl hinsichtlich der Bedingungen seiner Realisierbarkeit als auch der erwarteten und unerwarteten Konsequenzen analysiert zu werden. Das ist allerdings nicht an dieser Stelle möglich. So seien im folgenden lediglich zwei prägnante Befunde erwähnt, die unvorhergesehene bzw. unintendierte Sachverhalte betreffen.

Unvorhergesehen war das Ausmaß, in dem Finanzressourcen, professionelle und administrative Expertise sowie „human capital“ in Gestalt von hochmotiviertem Engagement in kurzer Zeit mobilisiert und „investiert“ werden konnten. Das Volumen der Ressourcen und Kompetenzen, die sich als verfügbar und prinzipiell re-allozierbar erwiesen, war enorm; das Ausmaß des produktiv nutzbaren „slacks“ in staatlichen, semi-öffentlichen und privaten Organisationen überstieg selbst die optimistischsten Erwartungen. Hier fände eine an Fragen der Innovationssteuerung interessierte Organisations- und Verwaltungsökonomie reichlich empirisches Material, das die Grenzen verbreiteter „Sachzwang“-Argumentationen zu erhellen, die vielbeschworene Streß- und Überlastungs-Symptomatik aber zu relativieren verspricht. Von besonderem Reiz scheinen Antworten auf die Frage nach den Voraussetzungen der Entdeckung, Mobilisierung und Re-Allokation großer Ressourcenvolumina. Es bestehen Anzeichen, dass in diesem Zusammenhang geeignete „cognitive frames“ sowie Formen des „sensemaking in organizations“ (Weick 1995) zählen, aber auch situativ „passende“ politische Mythen.

Unerwartete Konsequenzen sind auch auf Seiten der Empfänger der externen Unterstützung zu verbuchen. Hier zeigte sich, dass Formen und Folgen institutionalisierter „Hilfen“ nicht den unter Individuen geltenden Regeln und Gepflogenheiten folgen. In der kühlen Atmosphäre inter-institutioneller Kooperation existieren möglicherweise funktionale Äquivalente für Dankbarkeit, aber es gibt offensichtlich keine kommunikativ plausiblen Formen, in denen Institutionen die Dankbarkeit der Individuen einfordern und annehmen können. Institutionelle Gratifikationen wecken weder Demut noch Empathie. Was man bereits in Westdeutschland an der ambivalenten Akzeptanz des Sozialstaats studieren konnte, bewahrheitete sich auch im Kontext der Währungs- und Sozialunion: Zwischen den konkreten institutionellen Leistungen und ihrer Bewertung durch individuelle Empfänger existiert eine nur sehr schwache Vermittlung. Nichts deutet auf einen linearen Zusammenhang zwischen institutionellem Aufwand und „politischem“ Ertrag hin. Wie institutionelle Leistungen Akteuren und Institutionen zugerechnet werden, richtet sich nach kognitiven und normativen Voreinstellungen, aber nicht nach Inhalt und Volumen der Leistung.

Zu den Folgen umfangreicher externer Unterstützung gehören weitere unerwartete Erscheinungen: eine den Realitäten entfliehende Anspruchsbildung, die Überschätzung des Potentials mobilisierbarer und erlangbarer Gratifikationen, auch der Verzicht auf substitutive Eigenaktivitäten, d.h. Attentismus. Politiker, die naiv genug waren, Signale einer relativen „Sättigung“ des Hilfebedarfs zu erwarten, sahen sich enttäuscht. Die Option, Dritte als zuständig zu reklamieren, begünstigt eine passive Haltung. Damit scheint eine Voraussetzung institutioneller Konsolidierung qua gelingender Sozialintegration gefährdet. Zufriedenheit mit dem Institutionensystem als einer Rahmenbedingung des eigenen Lebens kann nur dann das Maximum erreichen, wenn sich die Individuen eine etwaige Besserung der Umstände selbst zuschreiben können – und aus dieser Erfahrung auch Anreize zur Fortsetzung ihrer Bemühungen erhalten.

## **5. Schlußbemerkung**

Umfragen zeigen, dass die zunächst beträchtliche Distanz der Bevölkerung zu den importierten Institutionen langsam, aber stetig abnimmt. Die noch feststellbare Unzufriedenheit betrifft immer weniger den Wertekatalogs der liberalen Demokratie, sondern das, was in Politikeransprachen als Mangel an „geistiger Einheit“ firmiert: der von vielen ehemaligen Bürgern des autoritären Staates als schmerzhaft empfundene Zweifel an ihrer moralischen Integrität, wie er v.a. in der westdeutschen Medienöffentlichkeit kolportiert wird. Auch weitere wirtschaftliche Fortschritte werden diesen Mangel nicht beheben. Von einer gelungenen soziokulturellen Integration wird man erst dann sprechen können, wenn es auch unter Westdeutschen üblich geworden ist, die kommunistische Vergangenheit des vereinten Deutschlands als „eigene“ Geschichte anzunehmen.

## Literatur

- Brie, Michael, 1994: Die Ostdeutschen auf dem Wege vom „armen Bruder“ zur organisierten Minderheit?. Arbeitspapiere AG TRAP 94/4. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse.
- Brie, Michael, 1996: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich: Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit als Privileg. Frankfurt/New York: Campus, 39-104.
- Bryson, Phillip J., 1992: The Economics of German Reunification: A Review of the Literature. *Journal of Comparative Economics* 16 (1), 118-149.
- Ettl, Wilfried/ Wiesenthal, Helmut, 1994: Tarifautonomie in de-industrialisiertem Gelände: Analyse eines Institutionentransfers im Prozeß der deutschen Einheit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (3), 425-452.
- Exler, Ulrich, 1992: Financing German Federalism: Problems of Financial Equalisation in the Unification Process. *German Politics* 1 (3), 22-37.
- Giersch, Herbert/ Sinn, Hans-Werner, 2000: Zusammenwachsen heißt zusammen wachsen. Die deutsch-deutsche Megafusion: Kostspielige Lektionen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 29.9.2000, 15.
- Korte, Karl-Rudolf, 1990: Die Folgen der Einheit. Zur politisch-kulturellen Lage der Nation. Aus *Politik und Zeitgeschichte* B 27/90, 29-38.
- Korte, Karl-Rudolf, 1998: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. *Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989*. Stuttgart.
- Land, Rainer/ Possekkel, Ralf, 1992: Intellektuelle aus der DDR. *Diskurs und Identität*. Berlin: Gesell. f. sozialwiss. Forschung und Publizistik.
- Lehmbruch, Gerhard, 1992: Die deutsche Vereinigung. Strukturen der Politikentwicklung und strategische Anpassungsprozesse. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Staat und Demokratie in Europa*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 93-115.
- Lehmbruch, Gerhard, 1993: Institutionentransfer. Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland. In: Seibel, Wolfgang/ Benz, Arthur/ Mäding, Heinrich (Hg.): *Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges., 41-66.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. *Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa*. *Merkur* 45 (4), 279-292.
- Pollack, Detlef, 1994: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen: Leske + Budrich.
- Sachs, Jeffrey, 1989: My Plan for Poland. *International Economy* 3 (Dec.), 24-29.
- Sachs, Jeffrey D., 1991: Crossing the Valley of Tears in East European Reform. *Challenge* 34 (5), 26-34.
- Sarrazin, Thilo, 1994: Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion. In: Waigel, Theo/ Schell, Manfred (Hg.): *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann, 160-225.
- Schäuble, Wolfgang, 1991: *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Thomas, Michael, 1997: Voraussetzungsvolle Passagen Neuer Selbständiger im ostdeutschen Transformationsprozeß. In: Thomas, Michael (Hg.): *Selbständige - Gründer - Unternehmer. Passagen und Paßformen im Umbruch*. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 14-57.
- Teltschik, Horst, 1991: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*. Berlin: Siedler.
- Tietmeyer, Hans, 1994: Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen. In: Waigel, Theo/ Schell, Manfred (Hg.): *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann, 57-117.
- von Dohnanyi, Klaus, 1991: *Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit*. München: Knauer.
- von Furstenberg, George M., 1995: Overstaffing as an Endgame and Prelude to the Employment Collapse in Eastern Germany?. *Communist Economies and Economic Transformation* 7 (3), 299-318.
- Waigel, Theo/ Schell, Manfred (Hg.), 1994: *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann.
- Weick, Karl E., 1995: *Sensemaking in Organizations*. London: Sage.

- Wielgoß, Jan/ Schulz, Marianne/ Müller-Enbergs, Helmut, 1992: Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinigten Deutschland. Berlin: GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik.
- Wiesenthal, Helmut, 1996: Einheitsmythen. Zur kognitiven „Bewältigung“ der Transformation Ostdeutschlands. In: Clausen, Lars (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 563-579.
- Wiesenthal, Helmut, 1997: Abrupter Niedergang, langsame Erholung - Ostdeutschland ist (k)ein Sonderfall der Wirtschaftstransformation. In: Wielgoß, Jan/ Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 114-122.